

Schaal, Gary S.; Ritzi, Claudia

Working Paper

Empirische Deliberationsforschung

MPIfG Working Paper, No. 09/9

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Schaal, Gary S.; Ritzi, Claudia (2009) : Empirische Deliberationsforschung, MPIfG Working Paper, No. 09/9, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41656>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



MPIfG Working Paper 09/9

Gary S. Schaal und Claudia Ritzi

Empirische Deliberationsforschung

MPIfG Working Paper

anck Institute
for the Study of Societies

Gary S. Schaal und Claudia Ritzi
Empirische Deliberationsforschung

MPIfG Working Paper 09/9
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
September 2009

MPIfG Working Paper
ISSN 1864-4341 (Print)
ISSN 1864-4333 (Internet)

© 2009 by the author(s)

Gary S. Schaal ist Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie, an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Claudia Ritzi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an diesem Lehrstuhl.

gschaal@hsu-hh.de

ritzi@hsu-hh.de

MPIfG Working Papers present ideas that could guide future scholarly research. They may also draw out the implications of available knowledge for a better understanding of public-policy issues. MPIfG Working Papers are refereed scholarly papers.

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Working Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

The theory of deliberative democracy has strongly influenced philosophical work on democracy over the past twenty years. On at least a theoretical basis, deliberative democracy offers a promising way to improve both the legitimacy and the quality of political decisions at once. This prospect has motivated political scientists and politicians all over the world to implement and analyze a multitude of deliberative forums at all levels of the democratic decision-making process. But the question remains: Can real deliberations fulfill the promise of the theory? Empirical research on deliberation may provide the answer. In our paper, we first discuss the challenges that such studies present to deliberative theory. We then take a critical look at the empirical work that has been done so far on verifying deliberative democratic theory. Comparing different studies on this topic can be quite a frustrating experience, because their results tend to be disparate and sometimes even contradictory. We argue that in order to improve this situation, empirical scientists should pay more attention to the subjects of deliberation. For example, we believe that one of the keys to a successful deliberative process lies in how the topics of the discourse are framed.

Zusammenfassung

Die deliberative Demokratietheorie ist die wichtigste zeitgenössische Demokratietheorie. Das Versprechen der deliberativen Demokratietheorie, die Legitimation und die Qualität politischer Entscheidungen gleichzeitig zu erhöhen, hat dazu geführt, dass auf allen Ebenen des demokratischen Prozesses diskursive Entscheidungsverfahren unterschiedlicher Art implementiert worden sind. Die wichtige Frage lautet jedoch: Können die empirischen Verfahren die theoretischen Versprechungen wirklich einlösen? Die empirische Diskursforschung bietet hier erste Antworten. In dem Papier diskutieren wir einerseits die Herausforderungen, die aus den empirischen Studien für die Theorie resultieren. Andererseits werden die empirischen Studien selbst auf ihre Aussagekraft hin kritisch befragt. Wir argumentieren, dass die geringe Beachtung, die den Gegenständen der Deliberation bislang geschenkt wurde, ein wichtiger Grund für die disparaten Ergebnisse sein kann, die die empirischen Studien zur deliberativen Demokratietheorie bislang hervorgebracht haben. Es wird darauf hingewiesen, dass der Erfolg einer Deliberation wesentlich davon abhängt, ob die Entscheidungsgegenstände als regulative Fragen, Interessenskonflikte oder ethisch-moralische Fragen geframed werden.

Inhalt

1	Stand der Forschung und Erkenntnisinteresse	5
	Einführung	5
	Die normative Theorie und ihre empirische Prüfbarkeit	6
2	Empirische Deliberationsforschung	9
	Deliberation unter Laborbedingungen	10
	<i>Real-World-Deliberation</i>	12
	<i>Real-World-Deliberationen</i> unter Bürgern	12
	<i>Real-World-Deliberationen</i> in institutionalisierten Entscheidungskontexten	15
	Deliberation und Massenmedien	17
3	Theoretische Klarheit – empirische Verwirrung?	18
	Literatur	24

1 Stand der Forschung und Erkenntnisinteresse

Einführung

Die Bedeutung der deliberativen Demokratietheorie für die zeitgenössische politische Theorie kann kaum überschätzt werden. Bereits im Jahr 2000 hat John Dryzek in einer weithin beachteten Monografie die These vertreten, dass ein „deliberative turn“ in der Demokratietheorie vorliegt. Wenige Jahre später vertritt Dryzek (2007) die Position, dass die Theorie der Deliberation zu dem zentralen Paradigma innerhalb der zeitgenössischen politischen Theorie avanciert ist.

Die deliberative Demokratietheorie konnte aus unterschiedlichen Gründen so relevant werden. Hierzu gehört, dass sie jenes kritische Potenzial verkörpert, das zuvor bei der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule verortet war (vgl. Young 2000). Sie verspricht eine kritische Perspektive auf die Gesellschaft und den demokratischen Prozess, ohne jedoch spezifische und aus heutiger Perspektive häufig unattraktive theoretische Vorentscheidungen und Grundannahmen der Kritischen Theorie zu integrieren. Sie tritt zugleich die Nachfolge der partizipatorischen Demokratietheorie der 1970er- und 1980er-Jahre an, deren Energie sich in den 1990er-Jahren erschöpft hat.

Deliberative Demokratietheorie tritt zwar in gewissem Sinne das Erbe der partizipatorischen Demokratietheorie an, doch modifiziert sie ein entscheidendes Ideal: Die politische Partizipation auf der Inputseite des demokratischen Prozesses ist hier kein intrinsischer Wert mehr, sondern steht – wie Buchstein und Jörke (2003) bereits betont haben – in einem direkten Zusammenhang mit der Qualität des Outputs des demokratischen Prozesses.¹ David Estlund (2001) führt diesen Gedanken am konsequentesten zu Ende – für ihn besitzt die Qualität deliberativ getroffener Entscheidungen den Primat vor der Gleichheit der politischen Beteiligung im Sinne der gleichmäßigen Gewichtung jedes Diskursbeitrages (vgl. Schaal/Heidenreich 2007). Die Betonung liegt also auf der Outputseite des demokratischen Prozesses.

Deliberative Verfahren der Entscheidungsfindung werden in der politischen Praxis zunehmend häufiger eingesetzt (Gastil/Levine 2005), nicht zuletzt, da sie in vielfältiger Art in bestehende Entscheidungsverfahren und -prozeduren integriert werden – und zwar nicht nur, und nicht einmal maßgeblich, auf nationaler Ebene, sondern auch in viel kleineren und viel größeren Einheiten und Entscheidungsgremien. Auf der Ebene der EU ist zum Beispiel das Agora-Projekt zu nennen – ein Versuch, in regelmäßigen Abständen Akteure der europäischen Zivilgesellschaft(en) in Brüssel zusammenzubringen, um sie zu einer spezifischen Fragestellung diskutieren zu lassen. Die Ergebnisse dieser Zusammenkünfte sollen dann – so zumindest die programmatische Hoffnung – die

Wir danken Armin Schäfer und Marius Busemeyer für ihre wertvollen Kommentare zu diesem Text.

1 Diesen wichtigen Punkt verkennt Schmidt (2008) in seiner ansonsten souveränen Darstellung der deliberativen Demokratietheorie leider.

Arbeit der EU-Parlamentarier informieren.² Auch die von James Fishkin in den 1990er-Jahren entwickelten *deliberative polls* werden mittlerweile nicht mehr nur unter Laborbedingungen erprobt, sondern haben mehrfach Eingang in die politische Praxis gefunden. Eine repräsentative Auswahl von Bürgern diskutiert dabei ein Wochenende lang vorgegebene politische Probleme. Ähnlich wie bei einfachen repräsentativen Meinungsumfragen werden ihre Präferenzen im Anschluss an die Deliberationen abgefragt und veröffentlicht und können so Politikern und Bürgern als Informationsquelle dienen (vgl. Fishkin 2005; Fishkin/Luskin 2005).

Die forcierte Implementation verschiedener deliberativer Verfahren sagt jedoch noch nicht viel darüber aus, ob die mit ihnen verbundenen Hoffnungen – höhere Legitimation und „bessere Ergebnisse“ – sich in der politischen Praxis auch bewahrheiten. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass sich parallel zur theoretischen Entwicklung ein neuer Forschungsstrang entwickelt hat, der sich der empirischen Analyse deliberativer Formen der Entscheidungsfindung zuwendet. In einem *State-of-the-Art*-Beitrag aus dem Jahre 2007 konstatieren Hangartner et al. (2007: 607), dass die empirische Deliberationsforschung analog zur Theorieentwicklung bereits den Kinderschuhen entwachsen sei. Diese Analogie erscheint zumindest zweifelhaft, da im Gegensatz zu den großen Entwürfen auf der theoretischen Seite (Habermas 1992; Dryzek 1990, 2000, 2006; Bohman 1997) noch keine große empirische Studie vorliegt. Vielmehr ist die Forschung kleinteilig und der Erkenntnisgewinn aufgrund sehr heterogener Forschungsdesigns selten kumulativ (Mendelberg 2002; Mutz 2008).

Im Folgenden soll daher der Forschungs- und Erkenntnisstand der empirischen Deliberationsforschung systematisiert und analysiert werden (Abschnitt 2), um schließlich eine Beurteilung der Stärken, Schwächen und einen bedeutenden blinden Fleck dieser einflussreichen Forschungsrichtung zu ermöglichen (Abschnitt 3). Zuvor erfolgt jedoch noch eine Darstellung der Ziele und Hoffnungen, die die Theorie der Deliberation erfährt. Zudem wird erörtert, inwiefern sich eine solche normative Theorie überhaupt sinnvoll mit empirischen Mitteln testen lässt.

Die normative Theorie und ihre empirische Prüfbarkeit

Die Hoffnungen, die auf theoretischer Ebene mit der Implementation deliberativer Formen der Entscheidungsfindung verbunden sind, sind vielfältig. Der epistemologische Strang der deliberativen Demokratietheorie (vgl. Martí 2006) betont die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit epistemologisch höherwertiger Entscheidungsergebnisse. Andere Stränge betonen die erhöhte Legitimation des politischen Systems, die Tendenz, die ei-

2 Das Agora-Projekt ist Teil des „Plan D“ der EU-Kommission für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion in der Europäischen Zivilgesellschaft. Vgl. http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/pdf/communication_planD_de.pdf.

genen Präferenzen besser validieren zu können oder – ebenfalls outputorientiert, unterstellen geringere Implementationskosten von deliberativ getroffenen Entscheidungen.³

Diana Mutz (2008: 530) hat eine detaillierte Liste an „desirable outcomes linked to deliberative processes“ vorgelegt, die es wert ist, hier vollständig zitiert zu werden, da sie für die Evaluation der empirischen Studien später wertvoll sein wird. Sie identifiziert folgende *outcomes*: „awareness of oppositional arguments“; „political tolerance“; „perceptions of legitimacy of opposition“; „knowledge/information gain/sophistication“; „empathy“; „willingness to compromise“; „participation/civic engagement“; „opinion change toward more public-spirited view“; „opinion consistency“; „faith in democratic process“; „political self-efficacy“; „consensual decision“; „social capital/feelings of community“; „social trust“; depth of understand of one’s own positions“. Diese Liste ist in doppelter Perspektive aufschlussreich: einerseits, da sie aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive Hoffnungen anspricht, die nicht direkt auf den demokratischen Prozess zielen, sondern in seinem Vorfeld verortet sind. Andererseits, da Mutz die Hoffnungen des epistemologischen Ansatzes der Deliberation nicht erwähnt. Dabei spielt die Verbesserung von Entscheidungen qua Deliberation eine wesentliche Rolle für die Attraktivität der deliberativen Theorie in der politischen Theorie.

Die Vielfalt der Hoffnungen und die unterschiedliche Rezeption derselben zeigen, dass die deliberative Demokratietheorie mittlerweile zu den etablierten politischen Theorien gezählt werden kann. Simone Chambers (2003) hat in einem Überblicksaufsatz die These vertreten, dass die deliberative Demokratietheorie inzwischen den experimentellen Status hinter sich gelassen hat und zu einer „working theory“ avanciert ist. Viele jener Probleme, die in den Anfangsjahren mit der deliberativen Demokratietheorie assoziiert wurden, so unter anderem die mangelnde Ausgestaltung eines Institutionendesigns für die Deliberation (vgl. Buchstein 1996) sind inzwischen – in unterschiedlichem Maße erfolgreich – behandelt worden. Mit Chambers (2003) kann man die Entwicklung der deliberativen Demokratietheorie in drei Phasen einteilen: In der ersten Phase erfolgt die Explikation des grundlegenden theoretischen Projekts. Verbunden werden kann diese Phase etwa mit den Namen Manin (1987), Cohen (1989) und Habermas (1992). An dieser Stelle sei auch auf die Arbeiten des Sozialphilosophen Bernhard Peters (1993) verwiesen, der mit seinem Schleusenmodell – publiziert in seiner Habilitationsschrift „Die Integration moderner Gesellschaften“ – wegweisend innerhalb der ersten Generation der deliberativen Demokratietheorie wirkte. Seine institutionellen Vorstellungen des demokratischen Prozesses erscheinen aus einer strengen politikwissenschaftlichen Perspektive nichtsdestotrotz unterdifferenziert.⁴ So überrascht es nicht, dass sich die zweite

3 Vgl. für eine detailliertere Übersicht Schaal/Heidenreich (2009, im Erscheinen).

4 Fuhse (2009) vertritt die These, dass die Untertheoretisierung der institutionellen Dimension des demokratisch-deliberativen Prozesses aus der ambivalenten Position Habermas zur Systembegriff resultiert – aus der Tradition der kritischen Theorie heraus ist er normativ stark belastet, aus analytischer Perspektive, und hier nimmt Habermas in der Theorie des kommunikativen Handelns große Anleihen bei Parsons – aber notwendig. Diese Ambivalenz verspielt für Fuhse Erkenntnisgewinn.

Phase über die Kritik an den Gründungsvätern konstituiert – eine Kritik, die vor allem auf das Primat der Rationalität im Diskurs, die heterogenitätsunterdrückenden Aspekte einer so verstandenen Deliberation sowie der mangelnden Konzeptualisierung deliberativer Verfahren und Institutionen zielte. Nancy Fraser, Iris Marion Young (2000, 2001) und Sheyla Benhabib (1994, 1996a,b) sind in diesem Kontext zu nennen.⁵ In der dritten Phase erfolgte dann eine produktive Integration dieser Kritik und eine Ausweitung des Deliberationskonzeptes, sodass heute häufig „weichere“ Konzeptualisierungen von Deliberation vorliegen, die Heterogenität bereits auf der konzeptuellen Ebene integrieren.⁶ Auch finden sich Ansätze, die Bedeutung von Emotionen für die Deliberation stärker zu theoretisieren.⁷ Die theoretische Impulsenergie scheint sich mittlerweile jedoch ein wenig erschöpft zu haben – so diagnostiziert Landwehr (2010, im Erscheinen), dass die Zahl der Publikationen, die die deliberative Demokratietheorie empirisch testet, inzwischen jene bei Weitem übersteigt, welche die Theorieentwicklung vorantreiben.

Bevor wir auf den Stand dieser empirischen Deliberationsforschung eingehen können, muss die grundsätzliche Frage gestellt werden, ob es sinnvoll ist, eine normative Theorie empirisch zu testen. Denn:

Obwohl es sich in erster Linie um eine normative Theorie handelt, ist es wichtig, auch ihre empirischen Grundannahmen herauszuarbeiten. Denn „Sollen impliziert Können“ – wer fordert, dass sich Bürger und Politiker in einer bestimmten Art und Weise verhalten, muss nachweisen, dass es ihnen auch tatsächlich möglich ist, und wer verspricht, dass Deliberation Erkenntnisfortschritte und Verständigung produziert, muss zeigen, dass dies auch unter realen Bedingungen der Fall ist. (Landwehr 2010: 5)

Obwohl die deliberative Demokratietheorie also in ihrem konzeptionellen Kern kontrafaktische Annahmen besitzt – so die ideale Sprechsituation, der zwanglose Zwang des besseren Argumentes etc. –, ist sie doch eine Theorie, die in einem doppelten Sinne einen Bezug zur Empirie und zur politischen Praxis herstellt. Einerseits reagieren deliberative Theorien auf theorieintern wahrgenommene gesellschaftliche Situationen – häufig auf Defizitdiagnosen. Andererseits wollen auch normative Theorien in der Wirklichkeit „einen Unterschied“ machen. Die Empirie ist damit gleichsam auf der Input- und der Outputseite des theoretischen Prozesses relevant. Zudem erscheint uns – gerade im Bereich der Demokratietheorie – eine Form der Theorie angemessen, die man als empirisch gesättigte Theorie charakterisieren kann. Diese Form der Theorie ist zwischen einem rein normativen und einem rein deskriptiven Verständnis insofern verortet, dass sie einerseits empirische Diagnosen berücksichtigt und sie auch – unter Umständen sogar konstitutiv – in ihr Theoriendesign integriert. Zugleich jedoch bleibt die Theorie offen für normative Gehalte, die sie – auch auf Basis empirisch gesättigter

5 Vgl. für eine Diskussion der „communicative democracy“ von Iris Marion Young aus empirischer Perspektive Ritzi/Schaal (2009).

6 Vgl. die Arbeiten von Gutman/Thompson (1996, 2004), Dryzek (2000), Bohman (1996) und Nino (1996).

7 Vgl. unter anderen Hoggett/Thompson (2002).

Diagnosen – expliziert. Die Verbindung von Faktizität und Normativität, die jedoch keine Vermischung von beidem sein darf, ist das Leitbild dieser Theorieform. Aus ihrem Geiste speist sich die Begründung für die empirische Analyse von deliberativen Prozessen mit der Intention der Kritik und Fortentwicklung der Theorie.

Eine eher zurückhaltende Einschätzung ihrer eigenen Relevanz artikulieren Steiner et al. (2004: 42) – immerhin eine der international führenden Forschergruppen im Bereich der empirischen Analyse deliberativer Prozesse: „[E]mpirical research can merely be a helping hand in the big controversies in democratic theory. But, as a helping hand, empirical research has its place.“ Es besteht jedoch Zweifel, ob diese „helfende Hand“ wirklich unterstützend ist. Dennis F. Thompson (2008: 498) – Co-Autor eines der zentralen Werke der amerikanischen deliberativen Demokratietheorie (*Democracy and disagreement*) – diagnostiziert, dass „much of the empirical research by political scientists has not fully engaged with the normative theory“. Ein Befund, der so von beiden „Seiten“ unterschrieben werden kann. Aus der Perspektive der normativen Theorie kann die Kritik artikuliert werden, dass empirische Studien häufig reduktionistische Konzepte testen, während die empirische „Seite“ monieren kann, dass die Ergebnisse ihrer Studien von der Theorie häufig ignoriert werden.⁸

2 Empirische Deliberationsforschung

Im ersten Schritt soll nun ein Überblick über den Stand der empirischen Deliberationsforschung gegeben werden, bevor wir uns im zweiten Schritt detaillierter einzelnen Ergebnissen dieser Studien zuwenden.

Auf der Habenseite kann die empirische Deliberationsforschung für sich verbuchen, dass die Zahl der empirischen Studien auf ihrem Gebiet in den letzten Jahren geradezu explodiert ist. Sie kann darauf verweisen, dass sie die theoretisch sehr anspruchsvollen Konstrukte der deliberativen Demokratietheorie operationalisiert hat – wenngleich diese Operationalisierungen nur zum Teil als gelungen angesehen werden können.⁹ Sie kann sogar darauf verweisen, dass die Gründungsväter der deliberativen Demokratie sich positiv auf einige der Operationalisierungen bezogen haben.¹⁰

8 Ausnahme hiervon ist etwa Habermas (2008).

9 Vgl. Holzinger (2008); Bächtiger/Spörndli/Steiner (2000); Bächtiger et al. (2005); Steiner et al. (2004).

10 Der *DQI* (der *Discourse Quality Index*) von Steiner et al. ist zum Beispiel von Jürgen Habermas (2005, 2008) in seiner Bestandsaufnahme des Status quo der empirischen Deliberationsforschung positiv bewertet worden. Ich teile diese positive Bewertung nur in Ansätzen, da einige der Operationalisierungen aus einer theoretischen Perspektive sehr fragwürdig erscheinen. Es muss jedoch anerkennend konstatiert werden, dass der *DQI* eine sinnvolle empirische Annäherung an ein normativ wie theoretisch überaus komplexes Konstrukt darstellt (vgl. Bächtiger et al. 2000).

Auf der Habenseite steht also Beachtliches. Das Problem der empirischen Deliberationsforschung besteht jedoch partiell darin, dass dieser Wissensbestand kaum untereinander in Relation gesetzt werden kann und so kumulativer Erkenntnisgewinn nur schwer möglich ist. Die vorliegenden empirischen Studien analysieren in der Regel Fälle, die nicht vergleichbar und/oder für die Politikwissenschaft in unterschiedlichem Maße interessant sind (vgl. Mendelberg 2002; Lindemann 2002, Rosenberg 2005; Jenson 2008). Viele der amerikanischen Studien der ersten Generation beschäftigen sich zum Beispiel mit Deliberation im amerikanischen Jurysystem. Beratungen innerhalb einer Jury sind sicherlich (auch) deliberativ, sie sind jedoch nicht paradigmatisch für Deliberation in der politischen oder zivilgesellschaftlichen Sphäre. Zudem wurden viele dieser Studien von Kommunikationswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen betrieben, deren Sensibilität für normativ-theoretische Fragen häufig eher gering war. Eine zweite Generation von Studien hat sich der *institutionalisierten politischen Deliberation* verschrieben. Hier sind die wegweisenden Studien von Bächtiger et al. (Bächtiger/Spörndli/Steiner 2000; Bächtiger et al. 2005) zu nennen, in denen Parlamentsdebatten und Debatten in Ausschüssen auch *komparativ* analysiert wurden.

Solche empirische Studien werden im Folgenden dargestellt und verglichen. Dabei wird unterschieden zwischen Deliberationen unter Laborbedingungen – also Studienergebnissen, die unter mehr oder weniger strengen Laborbedingungen generiert wurden – und *Real-World*-Deliberationen – also mehr oder weniger wünschenswert verlaufende deliberative Prozesse, die in demokratischen Gesellschaften stattfinden.

Deliberation unter Laborbedingungen

Auf der Habenseite der Rationalitätshoffnungen der normativen deliberativen Demokratietheorie stehen an prominenter Stelle die Ergebnisse der von James Fishkin initiierten *Deliberative-Poll*-Projekte (vgl. Fishkin 1995 sowie Fishkin/Ackerman 2004). Ausgangspunkt der Studien von Fishkin ist die empirische Feststellung, dass Politik zunehmend stärker von Meinungsumfragen beeinflusst wird. Durchaus auf einer Argumentationslinie mit Manin (1987) liegend argumentiert Fishkin, dass die so abgefragten Präferenzen der Bürger „Null-Präferenzen“ sind, das heißt, es sind Meinungen oder Einstellungen, die durch den Akt des Abfragens überhaupt erst generiert werden. Entsprechend sind sie – und dies ist die kritische Dimension der Diagnose von Fishkin – nicht aufgeklärt und entsprechen somit nicht den Mindestanforderungen, die man an politische Präferenzen stellen sollte.¹¹ Um Politik sachgerecht informieren zu können, müssten Umfragen sachlich fundierte und diskursiv validierte Präferenzen abfragen – und genau dies ist das Ziel des *deliberative poll*. Er führt Menschen, die nach statischen Merkmalen ausgewählt wurden und so ein repräsentatives Sample der jeweiligen Be-

11 So zum Beispiel im Sinne des Kriteriums „enlightened understanding“ von Dahl (1989). Vgl. Schaal (2009, im Erscheinen).

völkerung darstellen, für einige Tage an einem Ort zusammen. Diese Bürger sollen über eine Policy-Frage miteinander diskutieren, auf der Basis eines breit angelegten, zuvor per Post verschickten Informationsportfolios, und mit Unterstützung von Experten vor Ort. Zudem werden die Beratungen auf Video aufgezeichnet und später im Fernsehen gesendet – in der Hoffnung, dass die hierdurch noch einmal vergrößerte Öffentlichkeit sich positiv auf die Rationalität der geführten Diskurse auswirkt. Die Policy-Präferenzen der Bürger werden vor und nach dem *deliberative poll* abgefragt. Die Veränderungen der Präferenzen werden von Fishkin als Ergebnisse des deliberativen Prozesses gedeutet, die hierdurch auch die Vermutung erhöhter Vernünftigkeit für sich reklamieren können.

Fishkin konnte zeigen, dass Deliberation unter Bürgern tatsächlich ihre Policy-Präferenzen verändert – und dort, wo sie nicht verändert wurden, sie doch zumindest zu einer besseren, das heißt tieferen, Begründung prädiskursiver Präferenzen führt. Diese Studien stützen die bereits skizzierten theoretischen Hoffnungen deliberativer Theorie hinsichtlich der diskursiven Reinigung von Präferenzen. Doch sollte sich die verfasste Politik von den Ergebnissen eines *deliberative poll* beeinflussen lassen? Sie könnte sich für diese Option entscheiden, indem sie auf die Vermutung der erhöhten Rationalität rekurriert. Zwei Argumente sprechen jedoch dagegen: Zum einen ist es problematisch, von deliberativen Prozessen unter Laborbedingungen auf *real world deliberation* zu schließen. Es steht zwar außer Zweifel, dass die Grundintuition des „preference laundering“, wonach egoistische Präferenzen in der Öffentlichkeit nicht diskursiv verteidigt werden können, durch den *deliberative poll* bestätigt wird.

Doch bleibt die für die Transferleistung in die wirkliche Welt der Deliberation zentrale Frage unbeantwortet, ob es sich hierbei um Effekte handelt, die aus dem Diskurs und seinen „kontrafaktischen Präsuppositionen“ selbst resultieren, oder ob es sich um andere Faktoren handelt, die Auswirkungen auf die Ergebnisse der Deliberation haben, ohne von Habermas theoretisiert worden zu sein.

Zum anderen spricht die Tatsache, dass es sich um einen *deliberative poll* – also eine Meinungsumfrage – handelt, dagegen, die Ergebnisse *at face value* zu nehmen. Habermas (1992) betont, dass es den rationalen Rechtsstaat heutzutage nicht ohne radikale Demokratie geben kann. Zu demokratischen Prozessen der Deliberation gehört, dass die deliberierenden Bürger ihre diskursive Agenda selbst setzen können. Doch genau dies ist beim *deliberative poll* gerade nicht der Fall. Insofern verharrt diese Laboranordnung auf der Seite jener Institutionen und Verfahren, die Politik programmieren sollen, um epistemologisch „hochwertige“ Policies zu implementieren. Der *deliberative poll* ist keine genuine Institution des deliberativen demokratischen Rechtsstaats. Auch hat die Fernsehübertragung der Diskussionen vor allem advokatorisch-paternalistische Züge.

Auch das eingangs bereits erwähnte Agora-Projekt der Europäischen Union ist zur Gruppe der Labor-Deliberationen zu zählen. Analog zum Modell Fishkins werden hierbei Menschen aus allen europäischen Nationen dazu eingeladen, einige Tage lang über Fragen der EU-Politik zu diskutieren und schließlich ein Positionspapier zu formulie-

ren. Allerdings handelt es sich hierbei größtenteils um Vertreter von Interessengruppen, der Zugang zu dieser Agora entspricht also noch nicht mal theoretisch den Kriterien der Freiheit und Gleichheit. Hinzu kommt als problematischer Faktor die Tatsache, dass die Diskurse bekanntermaßen nicht unmittelbar entscheidungsrelevant sind. Dies mag die Bereitschaft der Teilnehmer zum Konsens zwar fördern, schmälert jedoch die Aussagekraft solcher Deliberationsexperimente für andere Kontexte.

Real-World-Deliberation

Die überwältigende Mehrheit der empirischen Deliberationsstudien fokussierten sich auf die Frage, ob politische Diskussionen – unter anderem im Parlament, in verfassunggebenden Versammlungen, bei politischen Treffen – tatsächlich die Kriterien eines rationalen Diskurses erfüllen, ob also *arguing* statt *bargaining* betrieben wird, ob es unter den Beteiligten zu Einigungsprozessen und „preference laundering“ kommt.¹²

Zwei spannende Vorfeldfragen werden dabei häufig nicht diskutiert: Unter welchen Bedingungen konstituiert sich eine deliberierende Gruppe überhaupt? Wer beteiligt sich an ihr? Wir unterscheiden im Folgenden zwischen *Real-World-Deliberationen*, die das Ergebnis mehr oder weniger spontaner Zusammenschlüsse von Bürgern oder Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen sind, *Real-World-Deliberationen* in institutionalisierten Entscheidungsgremien und deliberativen Prozessen, die tagtäglich in den Massenmedien stattfinden. Es ist anzunehmen, dass sich diese drei Kontexte in jeweils unterschiedlicher Art und Weise auf den Verlauf der Deliberation auswirken, da insbesondere in den Massenmedien und in institutionalisierten Entscheidungsgremien bestimmte und distinkte Kommunikationsnormen wirksam werden.

Real-World-Deliberationen unter Bürgern

Die Forschung zur Rationalität lebensweltlicher Diskurse auf horizontaler Ebene zwischen den Bürgern befindet sich noch in ihren Anfängen – zumindest, wenn man darunter empirische Überprüfungen der anspruchsvollen normativen Vorgaben der deliberativen Demokratietheorie bei *real world deliberations* erwartet. Sehr gelungene Übersichten über den State of the Art der empirischen Diskursforschung finden sich (jeweils mit weiteren Nachweisen) derzeit bei Mutz und – methodisch fundierter – bei Mendelberg und in theoretisch-empirisch komparativer Perspektive bei Rosenberg (Mutz 2006; Mendelberg 2002; Rosenberg 2007).

12 Vgl. zu dieser Differenzierung Elster (1986), Buchstein (1996) sowie die Studie von Holzinger (2001).

Es ist eine stehende Erkenntnis der empirischen Wahlforschung, dass politische Partizipation positiv mit Bildung, sozialem und ökonomischem Status korreliert (vgl. Verba et al. 2006). Ähnliches gilt auch für die Beteiligung an deliberativen Prozeduren.¹³ Es mag hier ausreichen, darauf hinzuweisen, dass die empirische Diskursforschung zeigen kann, dass der sozioökonomische Status der Bürgerinnen und Bürger sowohl die Wahrscheinlichkeit ihrer Teilnahme an Diskursen als auch die Wertigkeit ihrer Stimme im Diskurs beeinflusst.¹⁴ Wie später noch ausführlicher gezeigt werden soll, wird die „Vermutung erhöhter Rationalität“ diskursiver Formen der Entscheidungsfindung durch die Zusammensetzung der deliberierenden Gruppe beeinflusst: Je homogener die Gruppe, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit der Präferenzänderung. Oder, positiv formuliert: Heterogenität in Bezug auf eine ganze Reihe von Merkmalen (unter anderem sozioökonomischer Status, politisches Interesse, politische Präferenzen in der konkret zu entscheidenden Sachfrage) fördert die Rationalität eines politischen Diskurses und ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Realisierung der bereits mehrfach skizzierten Hoffnungen, die auf deliberativen Verfahren ruhen.

Je homogener die Einstellungen der Beteiligten im Hinblick auf das zu diskutierende Problem sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer diskursiven Reinigung von Präferenzen. Homogene Gruppen besitzen häufig einen Bias. Problematischer ist, dass *freiwillig* deliberierende Gruppen sich häufig entlang von identischen oder zumindest ähnlichen politischen Präferenzen konstituieren, das heißt, dass der „Pool an guten Gründen“ kleiner ist als normativ erhofft. Diese empirische Tendenz bezeichnet Sunstein als *enclave deliberation*. *Enclave deliberation* führt nicht zu einem Ausgleich zwischen konfligierenden Ansprüchen, Ansichten und Präferenzen, sondern zu deren Radikalisierung. Homogene Gruppen tendieren also dazu, post-deliberativ „extremere“ Positionen zu vertreten als prä-deliberativ – ein Phänomen, für das Cass Sunstein (2003: 81) die Bezeichnung *law of group polarization* geprägt hat. Dies trägt in gesamtgesellschaftlicher Perspektive die Gefahr in sich, dass sich die Konfrontationsintensität der Kommunikation zwischen *enclave deliberation groups* erhöht und konsensorientierte Deliberation somit schwieriger wird. Ein weiteres Problem resultiert aus der Tatsache, dass sich deliberierende Gruppen nicht nur entlang von gemeinsamen politischen Präferenzen konstituieren, sondern auch entlang von geografischen Grenzen. Viele deliberierende Gruppen konstituieren sich in der Nachbarschaft (Mutz 2006). Durch Prozesse der ethnischen und ethischen Schließung ganzer Stadtteile steigt die Homogenität der deliberierenden Gruppen und sinkt im Gegenzug die Vermutung der erhöhten Vernünftigkeit. Ohne Hoffnung auf Realisierung muss daher die Forderung artikuliert

13 Die Einsicht in die anspruchsvollen Voraussetzungen diskursiver Verfahren findet sich bei Habermas bereits Ende der 1980er-Jahre. Er bemerkt, dass „die rationale Qualität der politischen Gesetzgebung [...] auch vom Niveau der Beteiligung und der Schulbildung, vom Grad der Informationen und der Schärfe der Artikulation strittiger Fragen im breiten Publikum“ (Habermas 1987: 14) abhängt.

14 Für eine Übersicht über die Ergebnisse von Studien zur Wirksamkeit von Gruppennormen in Deliberationen siehe Mendelberg/Karpowitz (2007).

werden, Heterogenität zu institutionalisieren, wenn demokratische Politik durch deliberative Öffentlichkeiten programmiert werden soll.

Studien zur *Real-World-Deliberation* zeigen also, dass vor allem die Zusammensetzung der deliberierenden Gruppe darüber entscheidet, ob und wenn ja in welche Richtung diskursinduzierte Präferenzveränderungen stattfinden (vgl. Barabas 2004; Lindemann 2002). Iris Marion Young (2000, 2001) hat in einer Reihe von viel beachteten Aufsätzen darauf hingewiesen, dass der rationale Diskurs ungerecht ist, da er machtvverzerrt ist. Im Kern lautet ihr Argument, dass rationale Deliberation einen spezifischen Kommunikationsstil erfordert, der rational (un-emotional), sachlich, unpersönlich, eloquent und gebildet – in der Summe der Eigenschaften für Young: weiß, männlich, gebildet – ist. Menschen, die diesen Sprachstil nicht beherrschen, werden doppelt exkludiert: einerseits durch Prozesse der Selbstexklusion, da sie sich an der Diskussion weniger als statushohe Personen beteiligen, weil sie sich nicht kompetent genug fühlen, um am Diskurs partizipieren zu können. Andererseits werden Beiträge von nicht statushohen Personen aktiv exkludiert. In empirischer Perspektive kann gezeigt werden, dass die Überzeugungskraft eines Arguments in einer Diskussion vom sozioökonomisch-kulturellen Status desjenigen beeinflusst wird, der das Argument vorträgt. Übersetzt in ein triviales, aber politisch durchaus brisantes empirisches Beispiel: In einer repräsentativ zusammengesetzten deliberativen Gruppe, die über die Höhe des Sozialhilfesatzes entscheiden soll, werden die Argumente der potenziellen Empfänger von Sozialhilfe ohne flankierende korrigierende Maßnahmen am wenigsten Gehör finden.

Eine weitere unproblematisierte Hintergrundannahme deliberativer Theorie ist erst kürzlich von Mutz (2006) empirisch überprüft worden. Auf Basis umfangreicher Netzwerkanalysen kommt sie – in Übereinstimmung mit den Ergebnissen von Sunstein – zu der Erkenntnis, dass die erhofften positiven Effekte von Deliberation sich vor allem dann einstellen, wenn Akteure mit Akteuren sprechen, die divergierende politische Präferenzen besitzen. Der größte Teil politischer Kommunikation erfolgt jedoch mit Gleichgesinnten. Je größer das politische Interesse eines Bürgers ist, desto wahrscheinlicher ist, dass sich diese Tendenz noch verstärkt. Daran ändert auch die Partizipation in sekundären und tertiären Assoziationen nichts – im Gegenteil: In solchen Assoziationen treffen sich maßgeblich im Amerikanischen sogenannte „like minded people“.

Das theoretisch herausforderndste Ergebnis der Studie von Mutz ist jedoch, dass die Partizipation in deliberativen Prozessen *nicht* positiv mit der Bereitschaft zur politischen Partizipation in der klassischen Staatsbürgerrolle (vor allem Wählen) korreliert. Deliberation reduziert tendenziell die Intensität, mit der politische Präferenzen vertreten werden (vgl. Barker/Hansen 2005; Barabas 2004). Deliberation führt daher empirisch zu einem normativ unerwünschten Dreiklang: Deliberation erhöht die kognitive Kompetenz und die individuelle Begründungstiefe von politischen Präferenzen, reduziert jedoch zugleich gerade dadurch (das heißt durch die Kontingenzerfahrung) ihre Intensität und verringert damit die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an konventionellen Formen politischer Partizipation, zum Beispiel bei Abstimmungen, die sich

an deliberative Verfahren anschließen und so den politischen Prozess programmieren sollen. Habermas ging noch von einem gleichgerichteten Prozess aus – dies scheint empirisch fragwürdig zu sein.

Adam Przeworski (1998) betont – noch auf der rein theoretischen Ebene, aber durch unsere Alltagserfahrung gedeckt – dass die Hoffnung auf epistemologische Verbesserung deliberativ gefundener Entscheidungen dann unrealistisch ist, wenn die deliberierende Gruppe so groß ist, dass vermittelnde Medien eingeschaltet werden müssen, das heißt, wenn *Face-to-Face*-Kommunikation nicht zwischen allen Mitgliedern einer deliberierenden Gruppe möglich ist. Dies gilt jedoch für alle Formen der Deliberation in einer unspezifischen politischen Öffentlichkeit. Przeworski argumentiert, dass deliberative Verfahren manipulationsanfällig sind, wenn Handlungsoptionen diskursiv gefunden werden sollen, deren Realisierung von interdependenten Akteuren abhängig ist. Interdependente Entscheidungen zeichnen sich dadurch aus, dass fallible Einschätzungen über die Weltsicht anderer die Basis deliberativer Verfahren sind. Dieser Fall ähnelt einem *moral hazard* – Grundlage der eigenen Präferenz und des eigenen Handelns sind meine Erwartungen über die Einstellungen und Handlungsorientierungen von anderen. In einer solchen Situation ist es nicht die beste Strategie, gute Argumente zu haben, sondern die Wahrnehmung der Weltsicht der anderen zu manipulieren, das heißt, Erwartungs-Erwartungen zu beeinflussen.

Real-World-Deliberationen in institutionalisierten Entscheidungskontexten

Im Kontext der institutionalisierten Entscheidungsgremien findet man häufig Studien, die das Kommunikationsverhalten von *Juries* analysieren (Sanders 1997). Auf diese Forschungen soll hier nicht im Detail eingegangen werden, da es sich bei Jury-Entscheidungen zwar um diskursive Situationen handelt, die jedoch nicht hinreichend strukturanalog zur politischen Kommunikation sind, um daraus weitreichende Schlüsse ableiten zu können. Ein Ergebnis erscheint jedoch interessant: Die Analysen der Entscheidungsprozesse von *Juries* haben gezeigt, dass sich gesellschaftliche Einflusststrukturen auch auf die Redeanteile und Machtstrukturen in Gremien, in denen offiziell alle Mitglieder denselben Einfluss und Status als entscheidungsberechtigte Laien haben, auswirkt (Sanders 1997). Dies untermauert die Kritik von Iris Marion Young, wonach der Status von „white, male anglo-saxon men“ auch auf den Deliberationsprozess wirkt.

Politikwissenschaftlich relevanter sind andere Studien, die Elemente des politischen Entscheidungsprozesses fokussieren. Hier sind vor allem die Arbeiten von Steiner et al. (2004) zu nennen. Diese Forschergruppe entwickelte ein Instrument zur graduellen Bestimmung der Qualität eines Diskurses, den sogenannten „Discourse Quality Index“ (DQI), und wendeten dies auf Parlamentsdebatten und parlamentarische Entscheidungsgremien in verschiedenen Ländern an, um zu überprüfen, inwiefern Debatten dort den Kriterien entsprechen, die Habermas in seiner Diskursethik entwickelt hat (beispielsweise gegenseitiger Respekt, Argumentationsniveau, Wille zur Konsens-

generierung). Sie kommen dabei zu dem Ergebnis, dass institutionelle Settings einen Einfluss auf die Diskursqualität haben, so stellen sie beispielsweise fest, dass Konsenssysteme (wie Deutschland) deliberationsfreundlicher sind als wettbewerbsorientierte Parteiensysteme (wie Großbritannien) (Bächtiger/Tschentscher 2007). Zudem können sie zeigen, dass Deliberationen in Gremien wie den Vermittlungsausschüssen des Deutschen Bundestages besonders vielversprechend sind. Vor dem Hintergrund des erhöhten Einigungsdrucks in solchen Gremien erscheint das zwar nicht besonders erstaunlich, dennoch bestechen die Arbeiten dieser Forschergruppe durch ihre Genauigkeit und methodische Versiertheit.

Ebenfalls am Beispiel des Vermittlungsausschusses im Deutschen Bundestag machen Steiner et al. noch eine wichtigere Beobachtung: Sie stellen fest, dass konsensualen Entscheidungen meist qualitativ hochwertige Diskurse vorausgehen.¹⁵ Dies unterstützt die Hoffnungen von Theoretikern wie Habermas, dass Deliberation die Qualität und Akzeptabilität politischer Entscheidungen verbessern kann. Zudem weisen Steiner et al. darauf hin, dass zwischen verschiedenen Dimensionen des Diskurses unterschieden werden muss: „This means that often it is useful not to talk about the level of deliberation in general but about the individual elements of the deliberative model“ (2004: 165). Auch hier bestätigt sich also die Tendenz empirischer Forschung zur Zerlegung des anspruchsvollen theoretischen Deliberationsideals in einzelne, voneinander unabhängige Elemente.

Katharina Holzinger (2001) untersuchte ein Mediationsverfahren anlässlich eines Konfliktes verschiedener politischer Gruppen und Entscheidungsgremien über den Bau einer Müllverbrennungsanlage im westfälischen Neuss. Dabei analysierte sie nicht die Diskursqualität, sondern überprüfte das Vorhandensein einer Dichotomie zwischen Verhandeln und Argumentieren, wie sie in der Diskursethik häufig angenommen wird. Ihr Ergebnis fällt weitaus kritischer aus als das der Gruppe um Steiner: Verhandeln und Argumentieren sind demnach empirisch kaum zu trennen (Holzinger 2001: 441). Eine (Selbst-)Beschränkung der Teilnehmer an deliberativen Verfahren auf den argumentativen Kommunikationsmodus erscheint damit unrealistisch.

15 Dieses aus der Perspektive der normativen Theorie der Deliberation positive Ergebnis wird jedoch durch widersprüchliche Ergebnisse anderer Studien infrage gestellt. So konnte gezeigt werden, dass die Qualität des deliberativen Prozesses durch den Abstimmungsmodus beeinflusst wird (vgl. Mendelberg 2006). Diskursive Prozesse, bei denen im Vorfeld alle wissen, dass sie einstimmig entschieden werden müssen, reduzieren – scheinbar in Form antizipierter Selbstbeschneidung – die Bandbreite der Redebeiträge in thematischer, sachlicher und evaluativer Perspektive deutlich. Anders verhält es sich, wenn nur einfache oder absolute Mehrheiten für Entscheidungen im Anschluss an deliberative Prozesse notwendig sind. Hier ist die Bandbreite der Kommentare größer als bei einstimmigen Entscheidungen. Es ist also notwendig, zwischen Einstimmigkeit als kontingentes Ergebnis deliberativer Prozesse und als formales Entscheidungskriterium zu differenzieren.

Deliberation und Massenmedien

Einen wichtigen Beitrag zum politischen Diskurs leisten tagtäglich die Massenmedien. Sie dürfen damit in empirischen Studien zur Deliberation nicht vernachlässigt werden, wengleich die Analyse massenmedialer Diskurse in der Regel mit einem erheblichen Erhebungsaufwand verbunden ist. Eine bemerkenswerte Studie zur Rationalität massenmedialer Diskurse findet sich bei Jürgen Gerhards (1997), der anhand einer empirischen Analyse des in den deutschen Qualitätszeitungen geführten Diskurses (1970 bis 1994) über die Abtreibung empirisch begründete Aussagen über das Rationalitätsniveau dieser Debatte, und zwar differenziert nach Akteurgruppen, treffen kann.¹⁶ Er kommt zu dem Ergebnis, dass das Rationalitätsniveau des massenmedialen Diskurses über Abtreibung generell gering war (Gerhards 1997: 27–30). Es liegt nahe, dieses Ergebnis zumindest partiell auf die Marktlogik der Zeitungsberichterstattung zurückzuführen. Die Orientierung auf Gewinn – das heißt auf Verkaufszahlen – sowie auf die damit einhergehenden Kriterien, wie sie die Nachrichtenwerttheorie ausführlich analysiert hat, lassen keine Berichterstattung zu, die den anspruchsvollen Kriterien einer deliberativen Öffentlichkeit, so wie sie Habermas (1992) oder Peters (1994) spezifiziert haben, gerecht wird. Bereits in der Theoriearchitektur von Habermas sind es auch weniger die Massenmedien, auf denen die Hoffnung auf eine diskursive Öffentlichkeit ruht, sondern die (schwach) institutionalisierten Akteure der Zivilgesellschaft, die gleichsam als Seismograf neuer gesellschaftlicher Problemlagen fungieren sollen. Dass auf ihnen kaum politische Sachzwänge ruhen, motiviert Habermas zu der Hoffnung, dass ihr Input in die diskursiven Strukturen einer (nicht oder schwach) institutionalisierten Öffentlichkeit mit guten Begründungen versehen ist und so die Vernünftigkeit der Öffentlichkeit steigern kann.

Doch gerade diese zivilgesellschaftlichen Akteure, die nach dem Modell von Habermas und Peters der gesellschaftlichen Peripherie zugeordnet sind, nutzten in der öffentlichen Debatte nur selten argumentative Überzeugungsstrategien. Diese Befunde sind aus Sicht der normativ anspruchsvollen deliberativen Demokratietheorie desillusionierend, da

die Akteure in der Medienarena weder im hohen Maße ihre Kommunikationen mit Begründungen versehen noch ihr Kommunikationsverhalten die Form eines Diskurses aufweist [...] [D]ieses Defizit [darf] nicht der Struktur medialer Öffentlichkeit, sondern dem Kommunikationsverhalten der Akteure selbst angelastet [werden]. (Gerhards 1997: 20–21)

Seine Schlussfolgerung begründet Gerhards mit der Analyse der von den Akteuren der Zivilgesellschaft publizierten Informationsmaterialien zur Abtreibung. Bereits diese wiesen ein geringes Rationalitätsniveau auf; folglich können nicht journalistische Selektionen und Aufbereitungen des Materials als Gründe für die geringe diskursive Qualität der Debatte dienen. Dieses Argument basiert jedoch darauf, nicht nach der Prägekraft der Struktur medialer Öffentlichkeit auf das Kommunikationsverhalten der Akteure zu fragen.

16 Vgl. jedoch auch die Arbeiten von Peters (2007: 248–283, 298–321).

3 Theoretische Klarheit – empirische Verwirrung?

Ein Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist es, normative deliberative Demokratietheorie und empirische Deliberationsforschung in einen Dialog zu bringen und beide enger aufeinander zu beziehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welchen Ertrag wir aus der bisher dargestellten Diskussion und ihren Ergebnissen für die normative Theoriebildung ziehen können. Wie die untenstehende Tabelle verdeutlicht, ist dieser Ertrag nach einigen Jahren intensiver empirischer Diskursforschung ambivalent und es scheint unklar zu sein, in welche Richtung die weitere Forschung gehen sollte.

Tabelle 1 Empirische Deliberationsforschung (ausgewählte Studien) und die Übereinstimmung ihrer Ergebnisse mit den theoretischen Erwartungen

	Deliberation unter Bürgern	Deliberation in institutionalisierten Entscheidungskontexten	Deliberation in den Massenmedien
Deliberation unter Laborbedingungen	<i>Fishkin (1995 und ff.): Deliberative Polling</i>	<i>Fishkin (1995 und ff.): Deliberative Polling</i>	
	Sunstein (2003): Law of Group Polarization (EU-Agora)		
<i>Real-World-Deliberation</i>	Mutz (2008): Diskurs in sozialen Netzwerken	<i>Steiner et al. (2004): DQI</i>	Gerhards (1997, 1998): Diskurse in den Massenmedien
	Mendelberg (2002): Gruppennormen und Deliberation	Sanders (1997): Diskurse in Juries	
	Gerhards (1997, 1998): Rationalität von Zentrums- und Peripherieakteuren	Holzinger (2005): Verhandeln oder Argumentieren	

Quelle: eigene Darstellung.

Die kursiv markierten Zeilen verweisen dabei auf die bereits dargestellten Studien, deren Ergebnisse weitgehend im Einklang mit den Aussagen der deliberativen Theoriebildung stehen. Hier sind vor allem die Forschungsergebnisse von James Fishkin und der Gruppe um Jürg Steiner zu nennen. Die nicht kursiven Bereiche kennzeichnen dagegen die Mehrheit der Studien – also die Ergebnisse der Autoren, die die epistemologischen und legitimatorischen Hoffnungen der deliberativen Demokratietheorie auf der Basis ihrer Studien als nicht erfüllt sehen.¹⁷

Deliberation unter Laborbedingungen scheint eine Tendenz zu besitzen, häufiger die theoretisch formulierten Erwartungen der deliberativen Demokratietheorie zu erfüllen. Im Vergleich dazu stimmen die Ergebnisse der Studien unter *Real-World*-Bedingungen pessimistischer. Hierfür können unterschiedliche Faktoren erklärend sein: Auf einer forschungspragmatischen Ebene muss konstatiert werden, dass *Real-World-Deliberation*

¹⁷ Das Agora-Projekt der EU wurde bislang noch nicht umfassend wissenschaftlich untersucht. Aus diesem Grund ist es eingeklammert.

weitaus schwieriger zu analysieren ist als unter Laborbedingungen. Vor diesem Hintergrund könnte es sich bei den aus der Perspektive der normativen Hoffnungen problematischen Ergebnissen also durchaus um Artefakte der empirischen Analysemethoden handeln. Ein weiteres erklärendes Moment könnte in der Motivation der Menschen zum deliberativ inspirierten kommunikativen Handeln bestehen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des *deliberative poll* sind zwar zufällig (und repräsentativ) ausgewählt, die Teilnahme selbst ist jedoch freiwillig. Es liegen also Selbstselektionseffekte vor, die eine positive Disposition erwarten lassen – was in Übereinstimmung mit den positiven Ergebnissen von Fishkin steht. *Real-World-Deliberation* weist jedoch auch Selbstselektionseffekte auf – hierauf haben wir bereits bei der Diskussion der Ergebnisse von Sunstein (*enclave deliberation*) hingewiesen. Es erscheint jedoch plausibel anzunehmen, dass dieser Effekt in der „wirklichen Welt“ einen geringeren motivationalen Einfluss besitzt als unter Laborbedingungen.

Diese Einschätzung legt die Suche nach weiteren Gründen für die unterschiedlichen Ergebnisse (*labor-real world*) nahe. Wir schlagen vor diesem Hintergrund vor, eine neue Kategorie einzuführen: Deliberation als *Hexis* – im Sinne der Nikomachischen Ethik von Aristoteles –, das heißt als eine Haltung, die man zu den „Präsuppositionen“ des rationalen Diskurses individuell einnimmt. Das Einnehmen dieser Haltung ist voluntaristisch – es kann erfolgen oder auch nicht. Daher ist die Frage zentral, wann und warum Menschen diese Haltung einnehmen.

Wann immer die Teilnehmer der Deliberation die Bereitschaft beziehungsweise den Willen aufweisen, einen rationalen Diskurs zu führen, scheint die Deliberation erfolgreich zu verlaufen – egal, ob es sich um einen Diskurs unter privaten Bürgern oder in institutionalisierten Entscheidungskontexten handelt. Wir werden später darauf kommen, welche Schlussfolgerungen sich aus dieser Beobachtung für die weitere empirische Forschung ergeben.

Bleiben wir jedoch zunächst noch bei den Ursachen für die disparaten Ergebnisse der bisherigen Studien zur empirischen Deliberationsforschung. Dennis Thompson (2008) und Diana Mutz (2008) haben aus der Perspektive eines Theoretikers beziehungsweise einer Empirikerin im vergangenen Jahr in jeweils einem Aufsatz versucht, die Ursachen für dieses in der Summe unbefriedigende Forschungsergebnis zu rekonstruieren. Thompson kritisiert dabei im Wesentlichen die simplifizierende Herangehensweise vieler empirischer Forscher an die deliberative Demokratietheorie. Er verweist dabei auf die bedeutsamen kontrafaktischen Gehalte und die hohe Komplexität deliberativer Demokratiebildung. So korrekt und treffend seine Argumentation dabei ist, so wenig optimistisch stimmt ihr Ergebnis für die Kooperation zwischen Theorie und Empirie.

Konstruktiver geht dagegen Diana Mutz vor: Sie weist darauf hin, dass eine Theorie nur dann empirisch getestet werden kann, wenn sie die Grundlage für falsifizierbare Hypothesen bietet. Falsifizierbare Hypothesen gehen Hand in Hand mit eindeutig und klar definierten Begriffen. Betrachtet man die Erkenntnisse, die aus der empirischen Deli-

berationsforschung für die normative Theorie gezogen werden können, wird deutlich, dass diese Gewinne begrenzt sind, da die Konzepte, die getestet werden sollen, selbst noch konzeptionell unklar sind. Ähnlich wie Thompson weist sie darauf hin, dass die deliberative Demokratietheorie auf jenem Abstraktionsniveau, auf dem sie in der Regel getestet wird – nämlich als gesamte Theorie – nicht falsifizierbar ist. Sie ist nicht falsifizierbar, weil sie sich als Theoriestrang durch eine Pluralität und Heterogenität, teilweise sogar konzeptionelle Inkompatibilität, hinsichtlich ihrer zentralen Konzepte auszeichnet. Betrachtet man zum Beispiel die Frage, was als Diskurs bezeichnet werden kann, so zeigt sich eine große Bandbreite, die zwischen der Inklusion des alltäglichen Gesprächs – so unter anderem bei Bohman (1996) – bis hin zur Orientierung an den kontrafaktischen Präsuppositionen des rationalen Diskurses bei Jürgen Habermas reicht. Entsprechend kritisch konstatiert Mutz (2008: 525): „Interestingly, the number of conceptions of deliberation is surpassed perhaps only by the number of versions of social capital, another concept that has intrigued both theorists and empiricists.“ Angesichts der Pluralität zentraler Konzepte sowie deren häufig defizitären internen Kohärenz hat Mutz (2008: 526) Verständnis für irrationale Reaktionen von Empirikern: „Empirical researchers attempting to test deliberative theory can be forgiven for wanting to bang their collective heads against a wall in reaction to definitions of this kind.“¹⁸ Allein vor diesem Hintergrund ist es bereits unmöglich, *die* Diskurstheorie, geschweige denn *die* deliberative Demokratietheorie zu testen.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderung, deren Ursache in der Theorie der Deliberation liegt, bestehen zwei Strategien, trotzdem theoretisch angeleitete empirische Studien zur Deliberation durchzuführen: Einerseits besteht die Option, einzelne Ansätze zu testen, wie Mutz es vorschlägt. Andererseits besteht die Möglichkeit, in einem heterogenen Theoriefeld einen Kern an gemeinsamen Annahmen zu identifizieren, die alle deliberativen Ansätze auszeichnen.¹⁹

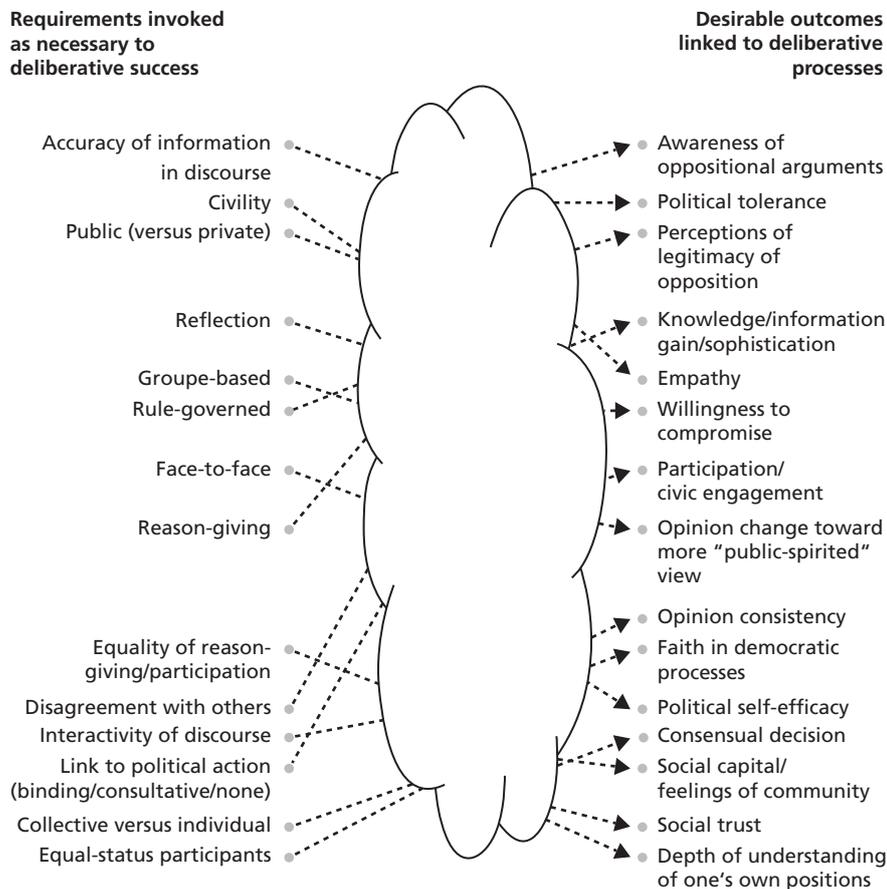
Im ersten Fall liegt der Schwerpunkt der Arbeit darin, *einzelne* Theorien und Theoretiker empirisch zu testen. Dafür müssen wie gesagt falsifizierbare Hypothesen vorliegen, die wiederum klare Kausalitäten voraussetzen. In Abbildung 1 ist dargestellt, welche unabhängigen und abhängigen Variablen Mutz im Bereich der Deliberation identifiziert und welche Vielzahl an Kausalitäten sich auf dieser Basis überprüfen lässt.

Die Outputs der Deliberation sind dabei die abhängigen Variablen, die von bestimmten Eigenschaften und Merkmalen diskursiver Entscheidungssituationen und deren Teilnehmern als unabhängige Variablen beeinflusst werden. Wie bereits dargelegt wurde, sind die Hoffnungen, die mit deliberativen Entscheidungsverfahren verbunden sind, vielfältig und teilweise sogar inkompatibel. Für eine empirische Untersuchung ist je-

18 Mutz referiert hier nur auf eine Definition von Deliberation bei Thompson (2008).

19 Natürlich bestünde auch noch die Möglichkeit einer Umformulierung beziehungsweise Präzisierung der theoretischen Grundlagen. Eine solche Verknappung der Reichweite der eigenen Aussagen erscheint jedoch den meisten Theoretikern unattraktiv.

Abbildung 1 Abhängige und unabhängige Variablen in der deliberativen Demokratietheorie



Quelle: Mutz (2008: 530).

doch die Vielzahl möglicher positiver Outputs weniger problematisch als die Tatsache, dass keine klare Kausalitätshypothese zwischen den unabhängigen und den abhängigen Variablen besteht. Vordringlichste Aufgabe ist es daher, das Kausalverhältnis zwischen einzelnen abhängigen und unabhängigen Variablen präzise zu bestimmen. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein, aus der eine weitere Herausforderung noch größerer Art resultiert: Es ist unklar, inwieweit die abhängigen und unabhängigen Variablen untereinander und miteinander interagieren und sich so wechselseitig beeinflussen.

Deliberative Prozesse sind – wie bereits ausgeführt – mehrdimensional. Die unterschiedlichen Ebenen stehen in einem komplexen Interaktionsverhältnis zueinander und bedingen sich in ihrer Komplexität wechselseitig. Sollte normative deliberative Demokratietheorie daher das Ziel haben, ihre in der Theorie formulierten Hoffnungen einem empirischen Test zugänglich zu machen, so muss sie diese Kausalverhältnisse theoretisch näher explizieren. Tut sie dies nicht, werden wir es auch weiterhin mit em-

pirischen Studien zu tun haben, die sich entweder – wie die Studien von Bächtiger et al. – an einem Referenztheoretiker orientieren und nach bestem Wissen und Gewissen Kausalitätsunterstellungen in empirisch testbare Hypothesen übersetzen, hierbei jedoch häufig mit der Kritik konfrontiert werden, dass sie die Komplexität ihrer Referenztheorie nicht hinreichend abgebildet haben. Dieser aus theoretischer Perspektive naheliegende Einwand ist – wie bereits gezeigt – fehlgeleitet, da die Großtheorien selten einen konzeptionellen Anker besitzen, an dem sich die empirischen Theorien gleichsam andocken können. Mutz (2008) schlägt daher vor, aus der Theorie der Deliberation eine Theorie *mittlerer Reichweite* zu machen, oder zumindest solche Hypothesen aus ihr zu generieren, die jener einer Theorie mittlerer Reichweite entsprechen, sodass man bestimmte Hoffnungen, die in diesem Paradigma artikuliert werden, gleichsam parzelliert und so einem empirischen Test überhaupt zuführen kann.

Eine solche Vorgehensweise lässt jedoch eine noch weiter reichende Verwirrung aufgrund kleinteiliger, nicht verallgemeinerbarer Studien und Forschungsdesigns mit disparaten Ergebnissen erwarten, als es schon heute der Fall ist. Ob dies wünschenswert ist und zu besonders aussagekräftigen Ergebnissen führen würde, erscheint angesichts der dargestellten Ergebnisvielfalt zumindest fraglich. In Studien wie Fishkins *deliberative polls* wurden bereits ausführlich einzelne Kausalbeziehungen getestet (zum Beispiel wurden Zusammenhänge wie derjenige zwischen der Größe der deliberierenden Gruppe und den im Zuge der Deliberation erfolgten Meinungsänderungen untersucht). Zweifellos sind solche Ergebnisse im Einzelnen interessant – zugleich ist ihr verallgemeinerbares Erkenntnispotenzial beschränkt.

Aus diesem Grund soll abschließend eine Forschungsperspektive aufgezeigt werden, die eher der Vorgehensweise der zweiten genannten Strategie entspricht: die also versucht, gemeinsame Annahmen deliberativer Theorien zu identifizieren und diese in einem empirischen Forschungsdesign abzubilden. Eine in bisherigen Studien zur Deliberation zu wenig beachtete Variable ist die des Gegenstands der Deliberation. Schon Habermas (1994) wies darauf hin, dass nicht über alle (politischen) Entscheidungsgegenstände gleichermaßen deliberiert werden kann. Habermas selbst differenziert 1992 zwischen moralischen, ethischen und pragmatischen Fragen, im Nachwort zur zweiten Auflage inkludiert er politische Diskurse, die sich dadurch auszeichnen, dass sie mehrere Diskurstypen in sich vereinen. Diese Differenzierung ist empirisch schwierig anzuwenden. Wir schlagen daher eine Differenzierung zwischen regulativen Fragen, Interessenkonflikten und ethisch-moralischen Fragen vor.

Unter Regulierungsproblemen verstehen wir Entscheidungsgegenstände, die auf einem Bedarf nach einer einheitlichen Regelung basieren – ohne dass die Entscheidung für die eine oder andere Regelung mit substanziellen Vor- oder Nachteilen beziehungsweise eindeutigen Interessenlagen verbunden ist (als Beispiel mag hier die Entscheidung für Rechts- oder für Linksverkehr gelten). Interessenkonflikte hingegen sind durch eindeutige materielle oder immaterielle Vor- oder Nachteile bestimmter Akteure beziehungsweise Akteurgruppen durch die Entscheidung gekennzeichnet. Solche Konflikte sind

laut Nancy Fraser unzugänglich für Lösungen im rationalen Diskurs, da die Akteure strategisch agieren (müssen), um ihre Interessen nach Möglichkeit durchzusetzen. Anders ist dies im Fall ethisch-moralischer Fragen, bei denen nicht einzelne Interessen diskutiert werden, sondern die durch die Suche nach guten oder sinnvollen Entscheidungen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Wertvorstellungen gekennzeichnet sind. Auf derartige Konflikte zielt die deliberative Demokratietheorie, ebenso scheint Deliberation zur Lösung von Regulierungsproblemen geeignet zu sein.

Soweit die theoretische Perspektive. Der Blick auf „reale“ politische Probleme zeigt jedoch, dass nur wenige Gegenstände politischer Entscheidung eindeutig einer der drei Kategorien zuzuordnen sind, stattdessen verlangen politische Problemlösungen in der Regelung eine Berücksichtigung sowohl ethisch-moralischer, regulativer und interessegeleiteter Aspekte. Als Beispiel seien die derzeitigen politischen Aktivitäten zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise genannt. Die Rettung einzelner Unternehmen und Banken hängt nicht nur von ökonomischen und politstrategischen Interessen ab, sondern auch von Gerechtigkeitsüberzeugungen und juristischen Fragen der Regulierung solcher Hilfeleistungen.

Diesen „empirischen Verunreinigungen“ der theoretisch unterscheidbaren und unterschiedenen Entscheidungssituationen ist bislang zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Dabei ist anzunehmen, dass sie nicht nur einen wesentlichen Einfluss auf den Erfolg von Deliberationen haben, sondern selbst auch beeinflussbar sind. Schließlich können Diskurse, wie wir vor allem aus Forschungen zu Medieninhalten wissen, unterschiedlich „geframed“ werden, etwa als Interessenkonflikte oder als ethisch-moralische Fragen. Es ist anzunehmen, dass solche Frames wesentliche Auswirkungen auf die im Vorherigen beschriebene „diskursive Haltung“ der beteiligten Akteure haben. So standen sich im von Katharina Holzinger beschriebenen Neusser Mediationsverfahren klar verschiedene Interessengruppen gegenüber: Anwohner und Umweltaktivisten kämpften gemeinsam gegen die von Politikern und wirtschaftlichen Akteuren geplante Müllverbrennungsanlage, jedoch aus unterschiedlichen Motiven heraus. Ganz anders, wenn sich zufällig ausgewählte Bürger zu einem von James Fishkins' *deliberative polls* treffen und dabei unter Umständen gar nicht über ihre eigenen Interessen, sondern über Interessen Dritter diskutieren. Entsprechend verwundert es kaum, dass die beiden Studien so unterschiedliche Deliberationspotenziale messen.

Aus diesem Grund schlagen wir ein Forschungsdesign vor, das die Inhalte, Frames und die am Diskurs beteiligten Akteure vor dem Hintergrund der drei Arten politischer Probleme und der „deliberativen Haltung“ untersucht. Dieser Ansatz zeichnet sich durch drei gewichtige Vorteile gegenüber dem von Mutz vorgeschlagenen Forschungsprogramm aus, wenngleich er mit einem nicht unerheblichen Operationalisierungsaufwand verbunden ist: Erstens ermöglicht er einen Brückenschlag zwischen verschiedenen empirischen Studien zur Deliberation, zweitens basiert er auf einer theoretisch im Wesentlichen unbestrittenen Grundlage – nämlich der unterschiedlichen Anwendbarkeit von Deliberation je nach Art des Entscheidungsproblems – und drittens muss er die de-

liberative Demokratietheorie nicht verkürzen oder in eine Theorie mittlerer Reichweite umformulieren, um Ergebnisse zu erhalten, die praktische Anwendbarkeit versprechen. Aus diesen Gründen erscheint uns der analytische Blick auf die Gegenstände gelingender Deliberation als eine der vielversprechendsten Perspektiven, die sich derzeit für die empirische Deliberationsforschung eröffnen.

Literatur

- Ackerman, Bruce A./James S. Fishkin, 2004: *Deliberation Day*. New Haven, CN: Yale University Press.
- Bächtiger, André/Axel Tschentscher, 2007: Deliberative Demokratie zwischen Faktizität und Geldung. In: Paolo Becchi/Christoph Beat/Michele Luminati (Hg.), *Interdisziplinäre Wege in der juristischen Grundlagenforschung*. Zürich: Schulthess Juristische Medien, 99–121.
- Bächtiger, André, et al., 2005: The Deliberative Dimensions of Legislatures. In: *Acta Politica* 40(2), 225–239.
- Bächtiger, André/Markus Spörndli/Jürg Steiner, 2000: *Discourse Quality Index (DQI) – Instructions for Coders*. Universität Bern. <www.ipw.unibe.ch/discourse/>.
- Barabas, Jason, 2004: How Deliberation Affects Policy Opinions. In: *American Political Science Review* 98(4), 687–701.
- Benhabib, Seyla, 1994: Deliberative Rationality and Models of Democratic Legitimacy. In: *Constellations* 1(1), 26–52.
- , 1996a: Introduction: The Democratic Moment and the Problem of Difference. In: Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton, NJ: Princeton University Press, 3–18.
- Benhabib, Seyla, 1996b: Toward a Deliberative Model of Democracy. In: Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton, NJ: Princeton University Press, 67–94.
- Bohman, James, 1998: The Coming of Age of Deliberative Democracy. In: *The Journal of Political Philosophy* 6(4), 400–425.
- , 1996: *Public Deliberation: Pluralism, Complexity and Democracy*. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Bourdieu, Pierre, 2001: *Aufruf gegen die Politik der Entpolitisierung*. Gleichzeitig erschienen in der WoZ (Zürich), Le Courrier (Genf), Solidarietà (Lugano), die tageszeitung (Berlin), L'Humanité (Paris), Ta Nea (Athen), dem tagblatt (Luxemburg), Le Matin (Brüssel), Il Manifesto (Rom). <www.sozialismus-von-unten.de/archiv/text/bourdieu.htm>
- Buchstein, Hubertus, 1996: Die Zumutungen der Demokratie: Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz. In: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 295–324.
- Chambers, Simone, 2005: Measuring Publicity's Effect: Reconciling Empirical Research and Normative Theory. In: *Acta Politica* 40(3), 255–266.
- , 2004: Behind Closed Doors: Publicity, Secrecy, and the Quality of Deliberation. In: *The Journal of Political Philosophy* 12(4), 389–410.
- , 2003: Deliberative Democratic Theory. In: *Annual Review of Political Science* 6(1), 307–326.
- Cohen, Joshua, 1989: Deliberation and Democratic Legitimacy. In: Alan Hamlin/Philip Pettit (Hg.), *The Good Polity: Normative Analysis of the State*. Oxford: Blackwell, 17–34.
- Dryzek, John, 2007: Theory, Evidence, and the Tasks of Deliberation. In: Shawn Rosenberg (Hg.), *Deliberation, Participation and Democracy: Can the People Govern?* Basingstoke: Palgrave Macmillan, 237–250.

- Dryzek, John, 2000: *Deliberative Democracy and Beyond: Liberals, Critics, Contestations*. Oxford: Oxford University Press.
- Elster, Jon, 1986: The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory. In: Jon Elster (Hg.), *Foundations of Social Choice Theory*. Cambridge: Cambridge University Press, 103–132.
- Estlund, David, 2001: Political Quality. In: David Estlund (Hg.), *Democracy*. Oxford: Wiley-Blackwell, 175–212.
- Fishkin, James S., 1995: *The Voice of the People: Public Opinion and Democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Fishkin, James S./Luskin, Robert C., 2005: Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. In: *Acta Politica* 40(3), 284–299.
- Fuhse, Jan, 2009: Zwischen Ablehnung und Analyse: Politik als System bei Jürgen Habermas. In: Gary S. Schaal (Hg.), *Das Staatsverständnis von Jürgen Habermas*. Baden-Baden: Nomos, 159–184.
- Gastil, John/Peter Levine, 2005: *The Deliberative Democracy Handbook: Strategies for Effective Civic Engagement in the Twenty-First Century*. San Francisco: Wiley & Sons.
- Gerhards, Jürgen, 1997: Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49(1), 1–34.
- Gerhards, Jürgen/Friedhelm Neidhard/Dieter Rucht, 1998: *Zwischen Palaver und Diskurs*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gutman, Amy/Dennis F. Thompson, 1996: *Democracy and Disagreement*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- , 2004: *Why Deliberative Democracy?* Princeton: Princeton University Press.
- Habermas, Jürgen, 1979: *Erkenntnis und Interesse*. 5. Auflage mit einem neuen Nachwort. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- , 1981a: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- , 1981b: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 2. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- , 1985: *Der philosophische Diskurs der Moderne: Zwölf Vorlesungen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- , 1987: Wie ist Legitimität durch Legalität möglich? In: *Kritische Justiz* 20(1), 1–16.
- , 1992: *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- , 1994: Nachwort. In: Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. 2. Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 600–631.
- , 1999: Rationalität der Verständigung. Sprechakttheoretische Erläuterungen zum Begriff der kommunikativen Rationalität. In: Jürgen Habermas, *Wahrheit und Rechtfertigung. Philosophische Aufsätze*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 102–137.
- , 2004: *Wahrheit und Rechtfertigung*. Erweiterte Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- , 2008: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: Jürgen Habermas, *Ach, Europa*. Kleine Politische Schriften XI. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 138–191.
- Hangartner, Dominik, et al., 2007: Mixing Habermas with Bayes: Methodological and Theoretical Advances in the Study of Deliberation. In: *Swiss Political Science Review* 13(4), 607–644.
- Hogett, Paul/Simon Thompson, 2002: Toward a Democracy of the Emotions. In: *Constellations* 9(1), 106–126.
- Holzinger, Katharina, 2005: Context or Conflict Types: Which Determines the Selection of Communication Mode. In: *Acta Politica* 40(2), 239–255.
- Jenssen, Synnove, 2008: Deliberative Democracy in Practice. In: *Acta Politica* 43(1), 71–92.
- Karpowitz, Christopher F./Tali Mendelberg, 2007: Groups and Deliberation. In: *Swiss Political Science Review* 13(4), 645–662.
- Landwehr, Claudia, 2010: Rechtfertigung und Verständigung im Konflikt – die Theorie deliberativer Demokratie. In: Oliver Lembcke/Claudia Ritz/Gary S. Schaal (Hg.), *Zeitgenössische normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, im Erscheinen.
- Lindemann, Mark, 2002: Opinion Quality and Policy Preferences in Deliberative Research. In: Michael X. Delli Carpini/Leonie Huddy/Robert Y. Shapiro, *Research in Micropolitics*, Vol. 6: *Political Decision-Making, Deliberation and Participation*. Greenwich, CN: JAI Press, 195–221.

- Manin, Bernard, 1987: On Legitimacy and Political Deliberation. In: *Political Theory* 15(3), 338–368.
- Mendelberg, Tali, 2002: The Deliberative Citizen: Theory and Evidence. In: Michael X. Delli Carpini/ Leonie Huddy/Robert Y. Shapiro (Hg.), *Research in Micropolitics*, Vol. 6: *Political Decision-Making, Deliberation and Participation*. Greenwich, CN: JAI Press, 151–193.
- Mendelberg, Tali, 2007: How People Deliberate about Justice: Groups, Gender, and Decision Rules. In: Shawn Rosenberg (Hg.), *Deliberation, Participation and Democracy: Can the People Govern?* Basingstoke: Palgrave Macmillan, 101–129.
- Mutz, Diana Carole, 2008: Is Deliberative Theory a Falsifiable Theory? In: *Annual Review of Political Sciences* 11, 521–538.
- , 2006: *Hearing the Other Side: Deliberative versus Participatory Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nino, Carlos Santiago, 1996: *The Constitution of Deliberative Democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Peters, Bernhard, 2007: *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- , 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag, 42–76.
- , 1993: *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Przeworski, Adam, 1998: Deliberation and Ideological Domination. In: Jon Elster (Hg.), *Deliberative Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press, 140–160.
- Ritzi, Claudia/Gary S. Schaal, 2009: Iris Marion Youngs' Communicative Democracy. Normative Theorie im Spiegel empirischer Deliberationsforschung. In: Peter Niesen (Hg.), *Iris Marion Young*. Nomos, im Erscheinen.
- Rosenberg, Shawn, 2007 (Hg.), *Deliberation, Participation and Democracy: Can the People Govern?* Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- , 2005: The Empirical Study of Deliberative Democracy: Setting a Research Agenda. In: *Acta Politica* 40(2), 212–225.
- Sanders, Lynn, 1997: Against Deliberation. In: *Political Theory* 3, 347–376.
- Sartori, Giovanni, 1992: *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schaal, Gary S., 2009: Narrationen in der Politik. In: Christian Klein/Matías Martínez (Hg.), *Wirklichkeitserzählungen. Felder, Formen und Funktionen nicht-literarischen Erzählens*. Stuttgart: Metzler, 217–228.
- Schaal, Gary S./Felix Heidenreich, 2009: *Einführung in die Politischen Theorien der Moderne*. Zweite, erweiterte und aktualisierte Auflage. Opladen: UTB, im Erscheinen.
- , 2007: Quality versus Equality? Liberale und deliberative Ideale politischer Gleichheit. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36(1), 23–38.
- Schmidt, Manfred G., 2008: *Demokratietheorien*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Steiner, Jürg, 2008: Concept Stretching: The Case of Deliberation. In: *European Political Science* 7(1), 186–190.
- Steiner, Jürg, et al., 2004: *Deliberative Politics in Action: Analysing Parliamentary Discourse*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sunstein, Cass R., 1991: Preferences and Politics. In: *Philosophy and Public Affairs* 20(1), 3–34.
- , 2003: The Law of Group Polarization. In: James S. Fishkin/Peter Laslett (Hg.), *Debating Deliberative Democracy*. Oxford: Blackwell, 80–101.
- Thompson, Dennis F., 2008: Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science. In: *Annual Review of Political Sciences* 11, 497–520.
- Young, Iris Marion, 2000: *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- , 2001: Activist Challenges to Deliberative Democracy. In: *Political Theory* 29(5), 670–690.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 09/7
M. Höpner, A. Petring,
D. Seikel, B. Werner
**Liberalisierungspolitik:
Eine Bestandsaufnahme
von zweieinhalb Dekaden
marktschaffender Politik in
entwickelten Industrieländern**

DP 09/6
B. Harrington
**Trust and Estate Planning:
The Emergence of a Profession
and Its Contribution to Socio-
Economic Inequality**

DP 09/5
J. S. Ahlquist, C. Breunig
**Country Clustering in
Comparative Political Economy**

DP 09/4
H. Callaghan
**Constrain-Thy-Neighbor
Effects as a Determinant of
Transnational Interest
Group Cohesion**

DP 09/3
D. Stark, B. Vedres
**Opening Closure:
Intercohesion and
Entrepreneurial Dynamics
in Business Groups**

DP 09/2
J. Beckert
**Koordination und
Verteilung: Zwei Ansätze der
Wirtschaftssoziologie**

MPIfG Working Papers

WP 09/8
P. Mair
**Representative versus
Responsible Government**

WP 09/7
G. Möllering
**Market Constitution Analysis:
A New Framework Applied
to Solar Power Technology
Markets**

WP 09/6
M. Höpner
**Parteigänger und Landschafts-
pfleger: Eine Analyse der
Parteispenden großer
deutscher Unternehmen,
1984–2005**

WP 09/5
C. Deutschmann
**Soziologie kapitalistischer
Dynamik**

WP 09/4
J. Beckert
**Pragmatismus und
wirtschaftliches Handeln**

WP 09/3
T. Fetzer
**Beyond Convergence
versus Path Dependence:
The Internationalization of
Industrial Relations at Ford
Germany and Britain
(1967–1985)**

WP 09/2
P. Aspers
How Are Markets Made?

MPIfG Books

B. Rehder, T. von Winter.,
U. Willems (Hg.)
**Interessenvermittlung in
Politikfeldern: Vergleichende
Befunde der Policy- und
Verbändeforschung**
VS-Verlag, 2009

K. van Kersbergen,
P. Manow (eds.)
**Religion, Class Coalitions, and
Welfare States**
Cambridge University Press,
2009

C. Trampusch
**Der erschöpfte Sozialstaat:
Transformation eines
Politikfeldes**
Campus, 2009

M. Busemeyer
**Wandel trotz Reformstau: Die
Politik der beruflichen Bildung
seit 1970**
Campus, 2009

R. Mayntz
**Sozialwissenschaftliches
Erklären: Probleme der
Theoriebildung und
Methodologie**
Campus, 2009

F. W. Scharpf
**Föderalismusreform:
Kein Ausweg aus der
Politikverflechtungsfalle?**
Campus, 2009

B. Harrington
**Deception: From Ancient
Empires to Internet Dating**
Stanford University Press, 2009

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)* which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungs offene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical-institutional, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

